

### **The Hanoverian dimension in British foreign policy and domestic politics**

Konferenz des Deutschen Historischen Instituts London in Zusammenarbeit mit dem Centre of International Studies in Cambridge vom 17. bis 18. September 2004 in Cambridge

Großbritanniens Geschichtsforschung untersucht derzeit verstärkt europäische Aspekte der britischen Vergangenheit. Teil dieser Entwicklung ist eine Neubewertung der politischen und kulturellen Bedeutung der hannoveranischen Dynastie. Um dieser „deutschen“ Dimension der britischen Geschichte des achtzehnten und frühen neunzehnten Jahrhunderts näher zu kommen, veranstaltete das DHI in Zusammenarbeit mit dem Centre of International Studies in Cambridge eine zweitägige Konferenz. Tagungsort war Peterhouse, Cambridge.

Insgesamt elf Beiträge deckten den gesamten Zeitraum der welfischen Könige auf dem britischen Thron von 1714 bis 1837 ab. Neben fünf Vorträgen, die einzelne chronologische Abschnitte der Verbindung diskutieren, standen sechs weitere Präsentationen, deren Fokus auf einem Querschnitt thematisch besonders herausragender Aspekte bestand. Ziel der Veranstaltung war, die Bedeutung der dynastischen Verbindung für die britische Politik in ihrer außenpolitischen und innenpolitischen Dimension darzustellen.

*Jeremy Black* (Exeter) stellte in einigen grundlegenden Bemerkungen die historiographischen und theoretischen Probleme des Umgangs mit dem Thema vor. In seiner eigentlichen Präsentation „Hanoverian Nexus: Diplomacy and Debate in the Age of George I and George II, 1714-1760“, die er den Teilnehmern in Druckform vorlegte, betonte er die Notwendigkeit, außenpolitische Entscheidungen während der Herrschaftszeit der ersten beiden George kontext- und akteursgebunden zu betrachten, statt in den vereinfachten Kategorien „Hannover“ und „Großbritannien“ zu argumentieren. So führte Black an, dass für den hannoveranischen Standpunkt mehrere Akteure identifiziert werden könnten, die durchaus verschiedene Meinungen und politische Strategien verfolgten. Neben dem Monarchen vertrat auch der hannoveranische Minister in London sowie das Gremium der Geheimen Räte im Kurfürstentum eine hannoveranische Politik. In vergleichbarer Weise sei die Gleichstellung von britischem Interesse an dem Kurfürstentum mit britischem Interesse an einer kontinentalen Politik in keiner Weise identisch. Beide Aspekte müssten vielmehr getrennt voneinander dargestellt werden. Vor diesem Hintergrund diskutierte Black die Politik der Whig- und Tory-Fraktionen sowie die Beziehung der Politiker Walpole, Newcastle und dem älteren Pitt zu dem Monarchen und zu dem Kurfürstentum Hannover.

*Hamish Scott* (St Andrews) eröffnete mit seinem Vortrag über „Hanover in Anglo-French Geopolitics“ eine bisher gänzlich unbeachtete Perspektive auf die Implikationen der dynastischen Union. Durch die Untersuchung der französischen Akten überprüfte Scott die These, dass die Besetzung Hannovers in Versailles als politisches Druckmittel gegen Großbritannien angesehen wurde. Die Ergebnisse dieser Untersuchung waren äußerst überraschend. Für Frankreich stellte das Kurfürstentum keine attraktive Beute dar. Neben logistischen Problemen, die die militärische Besetzung des Kurfürstentums problematisch erscheinen ließen, identifizierte Scott drei Entwicklungen, die Frankreichs Haltung Großbritannien und Hannover gegenüber modifizierten. Zunächst wies Scott darauf hin, dass seit dem Siebenjährigen Krieg Preußen, und nicht mehr Österreich die Rolle des politischen Gegenspielers Frankreichs einnahm. Als zweiten Aspekt führte Scott den Niedergang französischer Macht in Europa während des achtzehnten Jahrhunderts an. Die beiden Punkte

zusammen führten, drittens, zu einer veränderten Strategie französischer Politik, die Scott für den Zeitraum seit dem Beginn des Siebenjährigen Krieges identifiziert. Das Ziel französischer Politik war, so Scott, militärische Konflikte von Europa fernzuhalten. Vor dem Hintergrund dieser Interpretation diskutierte Scott die Besetzungen Hannovers durch französische Truppen 1741 sowie 1757. In beiden Fällen wurde die Okkupation Hannovers von französischer Seite als politisch-militärische Notlösung betrachtet. Scott schlussfolgerte, dass Frankreich das Kurfürstentum Hannover nicht als möglichen Hebel gegen die britische Politik ansah, ohne dabei in Frage zu stellen, dass dies dennoch von zeitgenössischer britischer oder hannoveranischer Perspektive durchaus anders eingeschätzt werden konnte.

Der von Jeremy Black geforderten Genauigkeit bei der Beschreibung der politischen Akteure kam *Brendan Simms* (Cambridge) in seiner Darstellung „Pitt and Hannover“ nach. Simms zeigte, dass für den älteren Pitt Hannover als Teil einer europäischen Koalition, nicht als Stammland des Monarchen von Bedeutung war. Die Mobilisierung hannoveranischer Truppen, und damit verbunden die Zahlung britischer Subsidien, war für Pitt stets mit der Frage nach der Mobilisierung bzw. Neutralisierung der europäischen Verbündeten verknüpft. 1757 etwa, nach der Besetzung Hannovers durch französische Truppen, versuchte Pitt die hannoveranischen Truppen zu einer Fortsetzung des militärischen Einsatzes gegen Frankreich zu bewegen, wohingegen Georg II. zu diesem Zeitpunkt bereits zweifelte, ob die dynastische Verbindung für sein Kurfürstentum politisch Sinn machte. Obwohl Pitt also eine Politik der finanziellen Unterstützung Hannovers verfolgte, erkannte dies der Monarch in keiner Weise als eine Politik zugunsten des Kurfürstentums an. Simms distanzierte sich von der Kategorisierung der Politik Pitts als von kohärenter Ideologie geprägt oder durch opportunistische Gleichgültigkeit ausgezeichnet.

Der Siebenjährige Krieg war der Anfangspunkt des Vortrags von *Torsten Riotte* (London). In seinem Beitrag „George III and Hanover“ diskutierte er die Bedeutung des dritten Hannoveraners auf dem britischen Thron. Während die britische Geschichtsschreibung die Kontinuität der politischen Strukturen in Großbritannien über den Thronantritt Georgs III. hinaus betont, wird aus deutscher und besonders hannoveranischer Perspektive die Regierungszeit des dritten Hannoveraners als Wendepunkt angesehen. Riotte betonte die Kontinuitäten wie etwa die intensive Kommunikation zwischen Monarch und deutscher Kanzlei, dem Büro des hannoveranischen Ministers in London, die auch nach der Thronbesteigung Georgs III. weiterexistierten. Riotte stellte Georg III. als ambitioniertes Staatsoberhaupt dar, das um die Souveränitätsrechte seiner Untertanen besorgt war. Den politischen Einsatz Georgs III. während der Revolutionskriege und der militärischen Auseinandersetzung mit Napoleon kontrastierte Riotte mit der Entwicklung nach 1807, als der Monarch völlig erblindete.

Den letzten Teil der chronologisch strukturierten Kapitel bearbeitete *Mijndert Bertram* (Hannover). Nach Bertram war der Wiener Kongress ein entscheidender Wendepunkt in der Entwicklung der dynastischen Verbindung. Obgleich einige Indizien für ein Interesse des Prinzregenten und Monarchen über Wien hinaus sprechen, waren diese doch qualitativ sehr verschieden von den früheren hannoveranischen Aspekten in der britischen Politik. Bertram diskutierte den Hannover-Aufenthalt Georgs IV, genauso wie die gescheiterte Reformpolitik innerhalb Hannovers. Deutlich machte er zweierlei. Zum einen betonte Bertram die außerordentliche Rolle Graf Münsters in London. Zum zweiten unterstrich er, dass das Königreich Hannover immer mehr zu einem Teil der britischen Deutschlandlandpolitik wurde und eine außergewöhnliche Behandlung durch Großbritannien nur noch in geringen Ansätzen identifiziert werden kann. Auslöser dieser Entwicklung waren nicht nur die reaktionäre Innenpolitik Hannovers, sondern in gleicher Weise Meinungsunterschiede in wirtschaftlichen, besonders fiskalischen Punkten. Die beiden angeführten Elemente verschoben sich mit dem Thronantritt Wilhelms IV. Der letzte Hannoveraner auf dem Thron entließ nicht nur Graf Münster von seiner Position in London, die dieser mehr als 25 Jahre inne gehabt hatte, sondern genehmigte auch eine neue Verfassung für das Kurfürstentum. Dennoch veränderte sich die Beziehung zwischen beiden Staaten nicht mehr. Das Ende der Personalunion verlief, so Bertram, äußerst unspektakulär.

Neben diesen chronologischen Vorträgen folgten weitere Beiträge zu bestimmten Spezialaspekten der Personalunion. *Bob Harris* (Dundee) sprach über „The public sphere and Hanover“. Zunächst stellte er die Entwicklung der öffentlichen Diskussion über Hannover in einer Übersicht von 1714 bis 1760 dar. Auffällig war nach Harris die starke Fluktuation des Themas Hannover in der britischen Öffentlichkeit. Während etwa für die Phase seit 1716 bis zum Ende des Jahrzehnts nur wenige Beiträge zu Hannover gefunden werden konnten, zeigte sich zu späteren Zeitpunkten eine intensive Diskussion Hannovers nicht nur in Parlamentsdebatten, sondern in gleicher Weise in Flugschriften und Zeitungsartikeln. Den Höhepunkt der Hannover-Debatten identifizierte Harris für die 1740er Jahre. Trotz der Verschiedenheit der Argumentation in der öffentlichen Diskussion war, so Harris, Hannover in erster Linie ein Mittel der Opposition, Kritik an der ministerialen Politik zu üben.

In vergleichbarer Weise diskutierte *Nicolas Harding* (Florida) die Bedeutung Hannovers für die Entwicklung einer Form des britischen Patriotismus. In seiner Darstellung „Hanover in British republicanism“ definierte er zunächst „republicanism“ in seinen verschiedenen Formen. Mit besonderem Bezug auf das Pamphlet Tolands „The next foreign successor“ stellte Harding fest, dass Hannover in der öffentlichen Diskussion als Gegenbild zu britischen Werten verwandt wurde. Radikale Gruppen stellten Hannover als eine durch den Absolutismus geprägte Macht dar. Diese negative Propaganda zog sich, so Harding, bis zum Beginn des neunzehnten Jahrhunderts hin und wurde von radikalen Kräften wie etwa der London Corresponding Society benutzt. Andererseits regte das Bild vom absolutistischen Hannover auch Kommentare von konservativeren Denkern wie Burke an, der im Anschluß an eine Korrespondenz mit dem hannoveranischen Politiker Brandes zur Verfassung Hannovers Stellung nahm.

Bestandteil der öffentlichen Debatte um die hannoveranischen Könige war das lutherische Bekenntnis der Hannoveraner. *Andrew Thompson* (Cambridge) stellte in seinem Vortrag „The confessional dimension“ zunächst fest, dass die Zeitgenossen den Thronantritt Georgs I. stets als „Protestant succession“, nicht als Hanoverian succession umschrieben hätten. Er betonte die Bedeutung des Bekenntnisses weiterhin durch die Tatsache, dass der Thronantritt der Welfen im Jahre 1714 bereits das dritte Beispiel seit 1603 darstellte, in dem die Konfession, und nicht die Geburt den Thronfolger bestimmte. Doch Thompson machte deutlich, dass das Bekenntnis der Welfen nicht nur als Trumpfkarte gegenüber den Stuarts verstanden werden darf. Aus dem lutherischen Bekenntnis der Hannoveraner entstand auch eine Reihe von Problemen, die auf der fraglichen – und heftig diskutierten – Unvereinbarkeit des Luthertums mit dem anglikanischen Bekenntnis beruhten. Thompson stellte die konfessionelle Dimension in engen Zusammenhang mit den politischen Ereignissen in Großbritannien. Des weiteren unterstrich er die Bedeutung der Konfession für die Mehrzahl der dynastischen Verbindungen innerhalb der europäischen Herrscherfamilien.

Wie Thompson bereits angeführt hatte, kam dem Bekenntnis des Monarchen in der Frage der Vermählung seiner Kinder besondere Bedeutung zu. *Clarissa Campbell Orr* (Cambridge) stellte in ihrem Vortrag „Dynastic Perspectives“ Georg III. als wenig erfolgreichen Dynasten dar. Die rigide Haus- und Hochzeitspolitik des fünfzehnfachen Vaters führte dazu, dass die Mehrzahl seiner Kinder sehr spät und fast ausschließlich unglücklich vermählt wurde. Campbell Orr stellte verschiedene gescheiterte Hochzeitsprojekte vor und diskutierte die Bedeutung des Royal Marriage Act. In ihrer Darstellung erschien Georg III. nicht wie üblich in seiner positiven Rolle als sparsame Persönlichkeit mit starkem Familiensinn. Stattdessen stellte Campbell Orr die interessante These auf, dass das Verhalten Georgs III. den unmoralischen und verschwenderischen Lebenswandel der Mehrzahl seiner Söhne provozierte.

Drei der Söhne Georgs III. wurden in Hannover erzogen. Als Bildungsstandort hatte sich das Kurfürstentum vor allem durch die Universität in Göttingen einen guten Namen innerhalb der intellektuellen Elite Großbritanniens verschafft. *Thomas Biskup* (Oxford/ Wolfenbüttel) diskutierte in seinem Vortrag „Britain and Göttingen“ die Bedeutung dieser Einrichtung für die dynastische Verbindung. Neben offensichtlichen Aspekten des einseitigen bzw. bilateralen Kulturtransfers, etwa der Anglophilie in Göttingen, oder des Interesse des

Monarchen an universitären Veranstaltungen, stellte Biskup ein komplexeres System eines europaweiten Netzwerkes akademischer und administrativer Eliten dar, an dem sowohl Hannoveraner als auch Briten partizipierten. Biskup zeigte diese Zusammenhänge nicht nur anhand von kommunikativen Netzwerken auf, sondern in gleicher Weise anhand von verschiedenen Heiratsprojekten.

War auch in Biskups Vortrag der Monarch eine, wenn auch nicht zentrale, Figur der Interpretation gewesen, so kam Georg II. in *Richard Hardings* (London) Beitrag keine Bedeutung zu. Statt dessen analysierte der Militärhistoriker und Experte für die Geschichte der „British Navy“ in seinem Beitrag „Hanover in maritime strategy“ die Entscheidung der militärischen Führung in London, keine Expedition nach Hannover zu schicken. Obwohl das Kurfürstentum 1741 von französischen Truppen besetzt worden war, wurde der Großteil der britischen Ressourcen für eine Expedition nach Westindien verwandt. Harding sah dies nicht als ideologische Entscheidung zugunsten einer „blue water policy“, sondern als rationale Entscheidung aufgrund finanzieller Schwierigkeiten, die jedoch erst nach einem langwierigen Entscheidungsprozess gefällt wurde. Auch für die Folgezeit sah Harding keine Dichotomie zwischen einer kontinentalen und einer kolonialen Politik und betonte die fehlende ideologische Dimension. Insofern war eine militärische Unterstützung Hannovers durch die britische Marine auch zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts möglich.

Die Beiträge werden bei Cambridge University Press veröffentlicht.

Brendan Simms and Torsten Riotte (eds.),  
The Hanoverian dimension in British foreign policy  
and domestic politics, 1714-1837  
Cambridge, CUP, 2006 forthcoming

#### Copyright

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen  
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2004.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München  
Telefon: 089 – 13 47 29, Fax: 089 – 13 47 39  
E-Mail: [info@ahf-muenchen.de](mailto:info@ahf-muenchen.de), Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

#### Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

**AHF-Information.** 2004, Nr.071  
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2004/071-04.pdf>